



**A**ls Jan Marsalek am 22. Juni des Vorjahres seinen Vorstandsjob bei Wirecard in Deutschland verlor, weilte er schon nicht mehr im Land. Drei Tage vor seiner Entlassung hatte er seine Wahlheimat überstürzt verlassen, war ins heimatische Österreich gerast, um sich von hier ins weißrussische Minsk ausfliegen zu lassen; in einem hastig organisierten Business Jet vom Typ Cessna Citation Mustang, der ihn am Sportflugplatz Bad Vöslau-Kottingbrunn nahe Wien aufgenommen hatte. Seither ist Marsalek abgetaucht. Die Staatsanwaltschaft München I hat den 40-jährigen Österreicher europaweit zur Verhaftung ausgeschrieben. Er soll seinen insolventen Arbeitgeber Wirecard gemeinsam mit anderen um gut 500 Millionen Euro erleichtert haben.

Marsalek hatte Fluchthelfer aus Österreich. Thomas Schellenbacher, profil-Leserinnen und Lesern wohlbekannt; Unternehmer und Ex-Politiker mit besten Kontakten zur ukrainischen Elite, zwischen 2013 und 2017 Nationalratsabgeordneter der FPÖ – Schellenbacher wird den Verdacht nicht los, dass er sich das Nationalratsmandat einst mit Millionen Euro ukrainischer Provenienz erkaufte hatte. Seit 20. Jänner sitzt er in Wien in Haft. Er hat die Beteiligung an Marsaleks Flucht bereits zugegeben (und wird darüber hinaus wegen anderer Delikte von der Staatsan-

waltschaft Wien verfolgt). Strafrechtlich relevantes Handeln bestreitet Schellenbacher jedoch.

Nicht minder bedeutsam ist der zweite Fluchthelfer: W., Marsaleks Vertrauter und Sicherheitsberater, zugleich auch ein Geschäftspartner Schellenbachers.

### Aus der Karenz in die Fluchthilfe

Was die Angelegenheit nur noch brisanter macht: W. ist ein seit 31. März 2018 karenzierter Beamter des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, kurz BVT. Bis zu seiner (offiziell gesundheitlich bedingten) Karenzierung war er einer der wichtigsten Beamten des österreichischen Verfassungsschutzes gewesen – Leiter der Abteilung 2 „Informationsbeschaffung und Ermittlung“. Ebenda laufen die sensibelsten Ermittlungen des Landes zusammen: Terrorismus, Extremismus, Spionage, Waffenhandel, Geldwäsche.

W. wurde kurz nach Schellenbacher festgenommen. Mittlerweile ist er wieder auf freiem Fuß. Ihm wird nicht nur die Beteiligung an Marsaleks Flucht angelastet, er soll den Wirecard-Manager darüber hinaus laufend mit Informationen aus dem BVT versorgt haben, die teils strenger Geheimhaltung unterlagen – womöglich mithilfe weiterer aktiver oder ehemaliger Verfassungsschützer. Seine Anwältin sagte zuletzt, W. habe sich nichts vorzuwerfen.

VON THOMAS HOISL, STEFAN MELICHAR, CLEMENS NEUHOLD,  
MICHAEL NIKBAKHSH UND CHRISTA ZÖCHLING

## Amtsmissbrauch

Islamistischer Terror, Cyberattacken, Corona-Faschisten, Neonazis unter Waffen – es wäre die Stunde des Bundesamts für Verfassungsschutz BVT. Doch der Schutzschild der Republik versagt. Datenlecks, Nebengeschäfte, Personalmangel, politische Interventionen und ein nicht vereitelter Anschlag in Wien. Ein Nachruf.

**BVT-ZENTRALE WIEN**  
Beamte beklagen, der  
Dienst werde seit Jahren  
kaputtgespart.

Zwischenzeitlich wurde ein weiterer ehemaliger BVT-Beamter, O., festgenommen. Ihm wird mehrfacher Verrat von Amtsgeheimnissen vorgeworfen. O.s. Anwalt stellt das vehement in Abrede.

Ein karenzierter österreichischer Verfassungsschützer verhilft einem mutmaßlichen Millionenbetrüger zur Flucht, mit welchem er zuvor einen Datenhandel am Laufen hatte. Allein dieser Plot wäre schon einen Aufschrei wert. Es ist nur so: Das BVT lieferte in den vergangenen drei Jahren derart viele Skandale, dass die Öffentlichkeit mit dem Verarbeiten von Aufschreien kaum noch nachkommt. Siehe das Versagen des Verfassungsschutzes im Vorfeld des Terroranschlags vom 2. November 2020, das zur Abberufung eines leitenden Beamten führte; siehe die Suspendierung eines BVT-Abteilungsleiters wegen Mobbing von Mitarbeiterinnen; siehe die mittlerweile rechtswirksame Anklage gegen den früheren Chef der BVT-Spionageabwehr wegen unsauberer Spesenabrechnungen und illegaler Observierungen; der Ex-BVTler soll darüber hinaus auch daran beteiligt gewesen sein, einem syrischen Kriegsverbrecher im Rahmen der Operation „White Milk“ Unterschlupf in Österreich zu verschaffen; siehe auch die Geschäftsbeziehung zwischen einem suspendierten BVT-Ermittler zur deutschen Privatagentin „Nina“; siehe vor allem die vom Stab des damaligen Innenministers Herbert Kickl angezeigte Razzia im BVT am 28. Februar 2018, die den Verfassungsschutz schwer beschädigte und einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Folge hatte.

## Schutzbedürftig

Was ist da los im Verfassungsschutz – und warum? Und was macht der Verfassungsschutz überhaupt?

Zunächst einmal beschützt der Verfassungsschutz natürlich nicht die Verfassung an sich, sondern die Demokratie im allerweitesten Sinne. „Der polizeiliche Staatsschutz ist zuständig für den Schutz verfassungsmäßiger Einrichtungen und deren Handlungsfähigkeit, den Schutz von VertreterInnen ausländischer Staaten, internationaler Organisationen und anderen Völkerrechtssubjekten nach Maßgabe völkerrechtlicher Verpflichtungen sowie den Schutz kritischer Infrastrukturen“, schreibt das Innenministerium auf seiner Website und listet die Aufgaben des BVT taxativ auf: Bekämpfung von extremistischen und terroristischen Phänomenen, von Spionage, internationalem Waffenhandel, Handel mit Kernmaterial und organisierter Kriminalität.

Es handelt sich unzweifelhaft um die sensibelste Einrichtung des österreichischen Sicherheitsapparats. Es ist also nicht egal, was dort passiert oder nicht passiert.

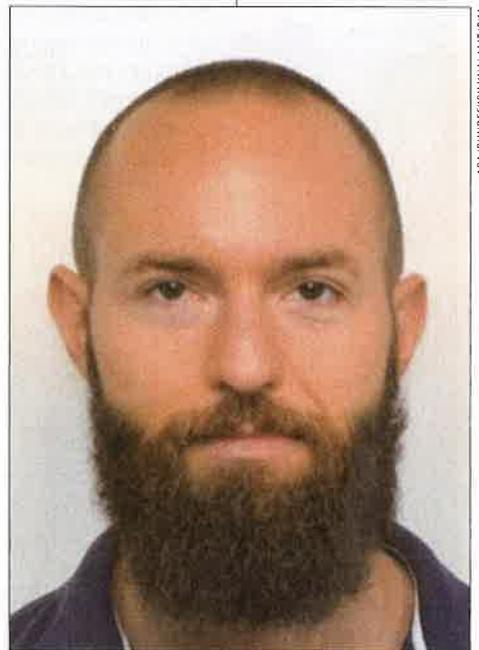
Das BVT mit seinen rund 400 Planstellen (die allerdings teils unbesetzt sind) ist mit diesen Aufgaben nicht allein. Neben dem BVT – als Bundesamt untersteht es direkt der Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit – bestehen noch neun Landesämter (LVT), in welchen noch einmal rund 400 Menschen arbeiten. In Summe sind plus/minus 800 Menschen mit dem zivilen Staatsschutz im Land befasst (außen des Militärs und seiner beiden Einrichtungen Ab-

wehramt und Heeresnachrichtendienst kommen noch einmal einige Hundert dazu). Das Verhältnis zwischen BVT und einzelnen LVTs, allen voran dem Wiener Landesamt, ist traditionell kompliziert. Mal sind es die Zuständigkeiten, dann die Ressourcen, dann wieder wechselseitiges Misstrauen, welche die Zusammenarbeit erschweren – was das auslösen kann, zeigen die Vorkommnisse rund um den Terroranschlag vom 2. November 2020 in Wien (siehe Kasten Seite 21).

## Der gar nicht so geheime Dienst

Das BVT ist entgegen anderslautenden Darstellungen kein Geheimdienst, auch wenn viele dort sich gerne als Agenten inszenieren. Das BVT ist eine Polizeibehörde mit nachrichtendienstlicher Kompetenz. Einerseits führt das Amt polizeiliche Ermittlungen im Auftrag von Staatsanwaltschaften durch, andererseits tauscht es mit den Geheimdiensten im Ausland (seit der Razzia 2018 ist das Vertrauen angeknackst) Informationen aus und verfügt auch über eine Analyseeinheit, die sogenannte Lagebeurteilungen und Gefährdungseinschätzungen erstellt. Der wesentlichste Unterschied zwischen der Arbeit von Verfassungsschützern und Geheimdienstlern: Die Verfassungsschützer sind an das „Offizial-“ oder auch „Legalitätsprinzip“ gebunden. Sie dürfen nicht nur selbst keine Straftaten begehen, sie müssen diese auch anzeigen und/oder verfolgen, wenn sie davon erfahren. Darüber hinaus müssen sie auch immer wieder an den Rechtsschutzbeauftragten berichten. Für Geheimdienstleute gilt das nur in sehr eingeschränktem Maße, sie arbeiten nach dem „Opportunitätsprinzip“.

BVT und LVT wissen nicht alles über die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, aber doch so einiges. Wie andere Kriminalbeamte auch, können Staatsschützer in Datenbanken Kfz-Kennzeichen, Adressen, Reisepässe, Grenzübertritte, Waffenscheine, Strafregister und Fahndungsdaten abfragen. Im Verfassungsschutz wächst der Datenschatz allerdings um Hinweise und Analysen anderer Geheimdienste oder technische Details aus dem Bereich Cyberabwehr, die – kriminell abgezweigt – für private Sicherheitsfirmen und andere Interessenten einen großen Wert besitzen können. Wer annimmt, dass Staats-



**THOMAS SCHELLENBACHER (OBEN), JAN MARSALEK**  
Der Ex-FPÖ-Abgeordnete verhalf dem Ex-Wirecard-Manager mithilfe eines karenzierten BVTlers zur Flucht.

## „Fall nicht ins Weinfass“

Eine deutsche Nachrichtenhändlerin Christina W. hatte einen Zuarbeiter aus dem BVT. Er soll mehr als 100.000 Euro Honorar erhalten haben.

Von den zahlreichen Korruptionsverdachtsfällen rund um das BVT ist einer ganz besonders bemerkenswert: jener um die deutsche Privatagentin Christina W., alias „Nina“. Die Nachrichtenhändlerin mit Stasi-Vergangenheit werkte bis zur ihrer Festnahme im April 2016 jahrelang für das Who's who der heimischen Wirtschaft – meist als Subauftragnehmerin diverser Sicherheits- oder Unternehmensberater. Ihre Kundschaft erwartete sich Informationen, manchmal vielleicht auch das Streuen von Desinformation. Einer ihrer Zuarbeiter war ausgerechnet ein Chefinspektor des Verfassungsschutzes.

Seit mehr als vier Jahren beschäftigt diese schicksalhafte Beziehung die österreichischen Strafverfolgungsbehörden.

Die Ermittler ordneten dem Verfassungsschützer Belege aus der Buchhaltung der Privatagentin zu. Demnach soll der BVT-Mann zwischen 2009 bis 2016 knapp 100.000 Euro kassiert haben. Dies geht aus einem Ermittlerbericht hervor, der profil vorliegt und über den zunächst die Plattform „Fass ohne Boden“ berichtete.

Eines vorneweg: Der suspendierte BVTler bestreitet jedes Fehlverhalten. „Ich weiß, dass ich mir aus strafrechtlicher Sicht keinesfalls etwas vorzuwerfen habe“, schreibt er in einer Stellungnahme an profil. „Ich habe weder dienstliche, geheime, noch anderweitig schützenswerte Daten oder Informationen an Fr. W. oder jemand anders weitergegeben oder zweckwidrig verwendet.“

In einem E-Mail an die Ermittler soll er angegeben haben, lediglich aus Freundschaft den Boten gespielt zu haben. Die Privatagentin ihrerseits behauptete, der Beamte hätte im Rahmen ihrer Projekte lediglich Organigramme (Anmerkung: offenbar zu Personen und Firmen) angefertigt.

Dementgegen stehen allerdings Leistungsbeschreibungen auf Zahlungsbelegen wie: „Ermittlungen, Recherchen, Informationsbeschaffung“ oder schlicht „Informationsankauf“. Die Justiz stieß auch auf regen E-Mail-Verkehr zwischen „Nina“ und dem Chefinspektor, der dafür Tarn-Accounts nutzte. Wiederholt fragte der Beamte Personen und Firmen im Firmenbuch ab, die bei den Projekten von „Nina“ eine Rolle spielten. Das Fir-

menbuch ist öffentlich einsehbar, möglicherweise erfolgten die Abfragen aber im Dienst. Teilweise fanden die Ermittler Informationen auf dem Dienst-Computer des Beamten, die dann anderenorts bei „Nina“ auftauchten.

Gegenüber Kunden verwies die Privatagentin jedenfalls gerne auf ihre Connection zum BVT. Umgekehrt führte der Beamte die Privatagentin als Gelegenheitsinformantin – obwohl es in der Schlapphut-Community längst Vorbehalte gegenüber „Nina“ gab.

Tiefe Einblicke gewährt ein sichergestellter E-Mail-Austausch aus dem Jahr 2013: W. fragte, ob man bestimmte Bankdaten „checken“ könnte. Der Chefinspektor bot ihr an, das Thema „offiziell“ einzubringen, was aber bei der Privatagentin Bedenken auslöste. Letztlich schrieb der BVTler: „Bin das wochenende in der steiermark wein verkosten. Melde mich nächste woche.“ W. wollte erneut wissen, ob er einen diskreten Bank-Check „für machbar“ hielte. Ihre vielsagende Verabschiedung: „Fall nicht ins Weinfass, ich brauche Dich noch.“

**„Ich habe mir strafrechtlich nichts vorzuwerfen.“**

**Ein suspendierter BVT-Beamter**

**„Ich brauche dich noch.“**

**Aus einem E-Mail der deutschen Privatagentin W.**



## Fakten zur Corona-Schutzimpfung

Durch die Impfung wird das Risiko minimiert, schwer an COVID-19 zu erkranken.



Gemeinsam besser leben.  
[www.uniqa.at](http://www.uniqa.at)

schutz und Datenschutz Synonyme sind, irrt. Im BVT-Alltag bleibt es im Prinzip den Beamten überlassen, welche Informationen sie aus dem System saugen. „Man muss davon ausgehen, dass die Mitarbeiter rechtschaffen sind und kann nicht den ganzen Tag hinter ihnen stehen“, erklärt ein hochrangiger Staatsschützer das Sicherheitsverständnis. (Mehrere Insider gewährten profil Einblick in die internen Abläufe, allerdings nur unter Zusicherung voller Anonymität.)

Jede Datenabfrage muss begründet werden und hinterlässt Spuren im Computer. Das BVT ist jedoch keine Daten-Insel. Herr über die Register und die Kontrolle ist das Innenministerium. Auf dem langen Weg zur Kontrolle der BVT-Beamten lassen sich Spuren gut verwischen. Drei „Klassiker“: Man verschleierte die Abfrage im Computer durch andere Ermittlungen. Man hinterlässt eine falsche Aktenzahl, was angesichts der Fülle an Rechtsakten am Ende kaum auffliegt. Man sucht sich einen Kollegen, der die Abfrage durch seine eigenen Ermittlungen im Fall einer Prüfung plausibel machen kann.

Kontrolliert wird nur stichprobenartig. Die Defizite lassen sich offenbar für schattige Geschäfte nutzen. So steht der Ex-BVT-Abteilungsleiter W. gemeinsam mit anderen BVT-Mitarbeitern im Verdacht, personenbezogene Daten aus den Polizeicomputern abgezogen und an Wirecard verkauft zu haben. Die Rede ist unter anderem von Informationen über die Zahlungsfähigkeit von Porno-Anbietern im Internet, mit welchen Wirecard Geschäfte machte.

Einer von W.s mutmaßlichen Komplizen soll der vormals für verdeckte Einsätze im BVT zuständige Beamte O. gewesen sein. O. wurde vor wenigen Tagen festgenommen, zu Redaktionsschluss saß er noch in Haft. Dieser Mann war bereits im Herbst 2017 – in gänzlich anderem Zusammenhang – vom BVT angezeigt worden: Der BVTler hatte sich „klassifizierte“ Dokumente auf einen privaten Mail-Account geschickt. Schnell wurde der Vorwurf kolportiert, er habe Informationen an Russland weitergereicht. Dem Vernehmen nach gab es dafür im Ermittlungsverfahren jedoch jahrelang keine näheren Anhaltspunkte. Der Verdacht reichte nicht einmal aus, um eine Suspendierung vor Gericht durchzubringen – O. wurde in die Sicherheitsakademie versetzt. Unabhängig von den nun aufgetauchten Vorwürfen dürfte sich die Justiz auch bisher im Ermittlungsverfahren schon mit früheren Computerabfragen des einstigen BVT-Mitarbeiters auseinandergesetzt haben. O. soll bisher jedes Fehlverhalten bestritten haben und sich als Opfer einer Intrige sehen. Sein Anwalt erklärte zuletzt, der Ex-BVTler habe seit November 2017 gar keinen Zugang mehr zum Polizeicomputer gehabt. Somit hätte er auch keine Abfragen für W. durchführen können.

Ob legal oder illegal, private Geschäfte lassen sich zeitlich für einige offenbar gut mit ihrem BVT-Job vereinbaren – so groß kann die Bedrohung durch Terror, Cyber-Crime und Extremismus gar nicht sein. Das zeigt ein Blick auf LinkedIn. Über die Business-Plattform preisen Verfassungsschützer ihr Können offen an. Das Okay für Nebengeschäfte gibt der unmittelbare Abteilungsleiter.

Apropos Kontrolle: Erst seit Kurzem wirft das BVT

einen Blick in die Social-Media-Aktivitäten neuer Mitarbeiter, unterzieht sie einem psychologischen Test und checkt ihre finanzielle Vorgeschichte. Von einer echten Ausbildung auf internationalem Niveau ist noch keine Rede.

Kein Wunder, dass Beamte, die Geheimnisse zu privaten Zwecken verkaufen, zu einem derart großen Problem werden konnten. Und kein Wunder, dass die Politik derart unverschämt ihre Leute im Staatsschutz installieren konnte. Der parlamentarische BVT-Ausschuss hat auf erschreckende Weise offenbart, wie selbstverständlich die Politik bis heute ins Amt hineinregiert. Vor Gründung des BVT war der Verfassungsschutz fest in den Händen der SPÖ gewesen, nach der Wende 2000 zerschlug ÖVP-Innenminister Ernst Strasser die roten Netzwerke, um sie durch schwarze zu ersetzen. Und hätte Herbert Kickl ab Ende 2017 das erforderliche Personal gehabt (und wäre „Ibiza“ nicht passiert), das BVT (und andere Einrichtungen) wäre längst blau eingefärbt.

Das BVT sammelt und interpretiert Informationen – und Informationen gelten gerade in der Politik als harte Währung. Überhaupt dann, wenn sie sich gegen den politischen Gegner einsetzen lassen. Wie das BVT als Selbstbedienungsladen für die Politik funktioniert, beschreibt ein BVT-Insider so: „Wenn Kabinettsmitarbeiter XY Staatsschützer XY direkt anruft und bittet, eine Person zu überprüfen, weil diese angeblich zum Minister kommt, wird der Beamte nicht im Terminkalender des Ministers nachschauen, ob das stimmt.“

## Die Schattenmänner

Als einen der größten „Schleudersitze“ der Republik bezeichnete René Polli die Funktion des BVT-Direktors. Dafür hielt er sich erstaunlich lange im Sattel.

Als 2002 das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung die Staatspolizei, die Anti-Terrorabteilung EBT und die Einsatzgruppe D zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (EDOK) ablöste, wurde Polli sein erster Direktor. Polli, der seine Karriere beim Bundesheer begonnen hatte, war gleichsam eine Erfindung von Christoph Ulmer, damals Kabinettschef unter ÖVP-Innenminister Ernst Strasser. Ulmer gilt nebenbei auch als geistiger Vater des Projekts BVT.

„Das BVT hatte schon zur Gründung das Problem, dass es eben kein Geheimdienst werden durfte“, erzählt Ulmer. „Wir wollten im Groben einen Dienst nach deutschem Modell mit entsprechender parlamentarischer Kontrolle. Wir führten dazu auch Gespräche mit allen Parteien, aber das war damals in keiner Weise durchsetzbar. Der Kompromiss war, wenigstens eine ordentliche Analyseabteilung hinzustellen. Leider Gottes konnten auch die Probleme auf der Personalseite nie ganz gelöst werden.“

Nur so ein weiterer Zufall in einer ansonsten sonderbaren Koinzidenzen randvollen Geschichte: Ulmer ist seit Jahren in der Privatwirtschaft tätig, er betreibt ein Beratungsunternehmen, das Auftragnehmer von Wirecard im Allgemeinen und Jan Marsalek im Besonderen war (siehe Kasten: 18).

In gewisser Weise blieb die Konstruktion BVT stets

**„Man muss davon ausgehen können, dass Mitarbeiter im BVT rechtschaffen sind.“**

**Ein hochrangiger Staatsschützer**

**Wäre Ibiza nicht passiert, das BVT wäre längst blau eingefärbt.**

# Der Attentäter, ein Zufallsfund

In den 1990er-Jahren erschütterte der Fall Franz Fuchs die Republik. Die damalige Staatspolizei war darauf nicht vorbereitet.



FRANZ FUCHS (BEI SEINEM STRAFPROZESS 1999)  
Die Staatspolizei suchte vier Jahre nach dem Briefbomben-Attentäter.

Sonderkommissionen, 100.000 Hinweise aus der Bevölkerung, 50.000 Personenüberprüfungen. Von Dezember 1993 bis Oktober 1996 herrschte in der Staatspolizei ein hysterischer Ausnahmezustand. Eine Terrorserie von rechts hatte das Land erschüttert. Am Ende waren es vier Tote und halbes Dutzend Verletzte. Silvana Meixner, Journalistin der ORF-Minderheiten-Redaktion, August Janisch, ein steirischer Pfarrer, der Flüchtlingen half, Helmut Zilk, Wiener Bürgermeister, waren die ersten Briefbomben-Opfer gewesen. In der Vorweihnachtszeit 1993 hatten sie Post bekommen, die in ihren Händen explodierte.

Der Verdacht war damals rasch auf die Neonazi-Szene rund um Gottfried Küssel gefallen, auf Burschen, die sich in Wehrsportübungen stählten, den Holocaust leugneten und gegen Ausländer mobil machten. Sie nannten sich „VAPO“ (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition). Küssel war Anfang 1992 festgenommen worden, die gesamte Szene danach in den Untergrund abgewandert. Die Staatspolizei bekam ab und zu Wind von konspirativen Treffen, wusste jedoch nicht, was dort besprochen und geplant wurde. Ein spezialisiertes Referat für die Bekämpfung der Neonazi-Szene bestand erst seit 1991. „Wir haben sie unterschätzt“, sagte der damalige SPÖ-Innenminister Franz Löschnak, als bei Küssels Kameraden Waffen und Sprengstoff gefunden wurden. Es kam zu Verhaftungen, Indizienketten, einer Briefbombenanklage.

Der erste Briefbomben-Prozess ging gründlich schief. Küssels Kameraden wurden nach dem NS-Verbotsgesetz verurteilt. Mit den Briefbomben hatten sie nichts zu tun gehabt. Die Staatspolizei stand nicht gut da.

Im vierten Jahr der Ermittlungen, im Oktober 1996, wurde ein Autolenker im südsteirischen Gralla von einer Verkehrsstreife angehalten. Er sollte sich ausweisen. Der Mann verlor die Nerven, zündete beim Aussteigen einen Sprengsatz, was

ihm beide Hände abriss. Franz Fuchs stellte sich als der lang gesuchte Briefbombenattentäter heraus. In seiner Wohnung fand man Pläne, Bombenanleitungen, Opferlisten. Ein Einzeltäter, der sich später in der Haft erhängte, was die Gerüchte über ein geheimes, rechtes Netzwerk nie ganz verstummen ließ.

Die Gruppe rund um Küssel blieb weiter aktiv. Sie hatte ihre Ziele offenbar nie aufgegeben. In den 2000er-Jahren tauchte sie mit der Neonazi-Website „Alpen-Donau“ in der digitalen Welt auf. Der Verfassungsschutz war sehr beharrlich und brachte es trotz US-amerikanischer Server und langwieriger Rechts-hilfe-Ansuchen zu Anklage und Verurteilung.

Vor wenigen Wochen wurde abermals ein großes Waffenversteck mit 100.000 Schuss Munition ausgehoben. Wieder handelt es sich um Leute, die der Verfassungsschutz von damals kennt, einer von Küssels engsten Vertrauten aus den VAPO-Tagen, Peter B., ist darin involviert. Diesmal hatten Drogengeschäfte den Anlass für Ermittlungen gegeben.



## Fakten zur Corona-Schutzimpfung

Der Impfstoff verändert das menschliche Erbgut nicht.



Gemeinsam besser leben.  
[www.uniqa.at](http://www.uniqa.at)

unfertig, stecken geblieben irgendwo zwischen Polizeibehörde und Nachrichtendienst.

Auf Polli folgte 2008 der Osttiroler Peter Gridling, ein Favorit des einstigen ÖVP-Innenminister Günther Platter. Gridling hielt sich doppelt so lange wie Polli, er ging vergangenes Jahr in Pension.

Polli und Gridling verkörperten über zwei Jahrzehnte die beiden Kräfte im BVT, die auf dem Papier symbiotisch verbunden sein sollten und in der Praxis oft im Widerstreit standen: Nachrichtendienst und Polizei. Polli, Dandy und zugleich schwer zugänglicher Akademiker mit kalifornischem Master in „Intelligence“, der mit seinem „Geheimdienst“ BVT auch weltpolitische Akzente setzen wollte. Der durchaus enge Kontakte zu Russland und dem Iran aufgebaut hatte und so den deutschen BND sowie den CIA gegen sich aufbrachte. Gridling, der Polizist, der sich bis zur Europol hocharbeitete, ein erdiger Pragmatiker, der seinen begrenzten Spielraum im BVT eher akzeptierte als Polli.

Was Polli und Gridling verband: Zur eigentlichen



Macht im BVT hatten beide keinen Draht – zu Michael Kloibmüller. Ab 2003 Personalchef im schwarzen Innenministerium unter Ernst Strasser und ab 2008 Kabinettschef von Maria Fekter (ÖVP), gingen strategische Postenbesetzungen im BVT über seinen Schreibtisch und erzeugten entsprechende Loyalitäten. Vizedirektor wurde Kloibmüllers langjähriger Freund Wolfgang Zöhrer. Auch der ehemalige Chef der BVT-Spionageabwehr, ein strammer Schwarzer, verdankt zumindest Teile seiner Karriere Kloibmüller. Wenig Hausmacht: für Direktoren des BVT von Beginn an ein hoher Preis für den Platz auf dem Schleudersitz. Denn letztverantwortlich blieben sie allemal.

**„Das BVT sollte ein Schild sein. Kickl hat erkannt, dass es sich auch als Schwert eignet.“**

**Ein ehemaliger Spitzenbeamter**

**HAUSOHNMACHT**  
Die beiden Direktoren des Bundesamtes für Verfassungsschutz, René Polli und Peter Gridling, konnten verschiedener nicht sein. Und doch hatten sie etwas gemeinsam: Gegen die eigentlich Mächtigen im BVT waren sie machtlos.

## Schild und Waffe

„Das BVT wurde unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September 2001 gegründet“, sagt ein damals aktiver Beamter, „es sollte ein Schild gegen jede Form der Bedrohung von innen und außen werden. Der Gründungsauftrag lautete: Es darf bei uns nichts passieren. Das hat auch lange gut funktioniert. Und dann kam ein Herbert Kickl daher und hat erkannt, dass sich das BVT auch als Schwert eignet.“

Was in den vergangenen 20 Jahren alles nicht in Österreich passierte, gehört zu den besser gehüteten Geheimnissen der Republik. Es ist auch keinesfalls so, dass der hiesige Verfassungsschutz völlig dysfunktional wäre. Er arbeitet nur eben nicht so, wie er sollte, oder eigentlich: müsste. Dafür gibt es Gründe, einige sogar.

So berichten aktive und ehemalige Verfassungsschützer von einem zunehmenden Ressourcenproblem: Im Ermittlungsbereich des BVT etwa seien derzeit rund 20 Prozent der Planstellen entweder unbesetzt oder mit dienstzugehörigen Beamten besetzt. Das sind Polizisten, die vielfach kaum mehr als über eine polizeiliche Grundausbildung verfügen und sich nicht immer in der Komplexität des Staatsschutzes zurechtfinden (eine Ausbildung zum Staatsschützer gab es bisher auch nicht). Die IT-Ausstattung sei völlig unzulänglich. Seit nun einem Jahr arbeite auch das BVT weitgehend im Homeoffice. Es gebe nur nicht genügend Dienstlaptops für alle Beamten, weshalb diese nun tageweise geteilt werden müssten. Die Besoldung mache es schwer, junge IT-Spezialisten anzuwerben oder zu halten. Leitende Funktionen würden weiterhin politisch besetzt. Kontrolldefizite und Seilschaften hätten den Abfluss von Daten nach außen überhaupt erst ermöglicht. Das Arbeitsklima sei in einzelnen Abteilungen/Referaten katastrophal. Aktuell muss sich etwa der Leiter der Abteilung 1, zuständig für Verwaltung und Organisation, einem Disziplinarverfahren stellen. Er soll Kolleginnen seit längerer Zeit gemobbt haben, er ist derzeit suspendiert. Und dann wäre da noch die Razzia 2018, die eine bis heute nicht überwundene Verunsicherung in der Beamenschaft erzeugte. (Was nebenbei auch das Ziel von Herbert Kickl und seiner Truppe war. Man wollte einen Schlag gegen das BVT im Allgemeinen, die Leiterin des Extremismusreferats im Besonderen führen.)

Grundlage der HD war bekanntlich ein „Konvolut“ anonymer Vorwürfe gewesen, wonach ÖVP-nahe Seilschaften den österreichischen Sicherheitsapparat systematisch zu ihren Gunsten missbrauchten. Die Vorwürfe erwiesen sich in strafrechtlicher Hinsicht als haltlos – was aber blieb, war der Eindruck, dass es gerade im BVT drunter und drüber geht.

Der mit Jan Marsalek verbandelte karentierte Abteilungsleiter W. gilt übrigens als der oder einer der Urheber des „Konvolut“. Er bestreitet das.

## Geheimnisumwittert und gefürchtet

Affären haben eine Vorgeschichte, gerade staatspolizeiliche. Seit ihrer Gründung war die Staatspolizei geheimnisumwittert und gefürchtet. Das hat mit ihrem klandestinen Betriebsklima zu tun, den Machtkämpf-

## „Gesammelt, gewertet, gewichtet“

Christoph Ulmer, der frühere Kabinettschef von Innenminister Strasser, war maßgeblich am Aufbau des BVT beteiligt. Und er war auch ein Geschäftspartner von Wirecard.

Die Aufarbeitung des Wirecard-Skandals spült immer neue Details ans Licht. So zum Beispiel eine bisher nicht beleuchtete Geschäftsbeziehung zwischen der Wirecard AG und deren Vorstand Jan Marsalek auf der einen Seite, dem Wiener Unternehmer Christoph Ulmer auf der anderen. Ulmer

war zwischen 2000 und 2003 Kabinettschef von ÖVP-Innenminister Ernst Strasser und als solcher maßgeblich an der Gründung des BVT beteiligt gewesen.

Nach seinem Abschied aus dem Ministerium etablierte er sich mit Partnern im Beratungsgeschäft.

Wie sich jetzt herausstellt, war eine Beratungsfirma Ulmers mehrere Jahre für Wirecard tätig und verrechnete dafür monatlich Honorare in einer Größenordnung von 25.000 Euro, profil liegt eine an den damaligen Wirecard-Vorstand Jan Marsalek adressierte Rechnung vom 8. Jänner 2018 vor: 25.000 Euro Honorar für einen „Social Media Report 12/2017“, plus 2800 Euro Reisespesen.

„Wir haben über einen Zeitraum von mehreren Jahren für Wirecard gearbeitet“, sagt Ulmer auf profil-Anfrage. „Wir haben Social-Media-Reports umfangreichster Natur erstellt, wöchentlich zumindest einen, anlassbezogen auch mehr.“ In diesen Berichten seien „laufend mit großem Aufwand sämtliche verfügbare Infos über Wirecard gesammelt, gewertet und gewichtet worden, um so ein jeweils aktuelles Bild über Wirecard zu erstellen. Das war international und nicht nur auf Deutschland beschränkt.“

Das Wirecard-Geschäft war laut Ulmer auf Vermittlung eines Partners zustande gekommen, auch er hatte einst als Referent im Kabinett von Ernst Strasser gearbeitet.

Und das Auftragsvolumen? „Das kann ich nicht auswendig sagen. Wir waren vier oder fünf Jahre für Wirecard tätig, die 25.000 Euro im Monat kommen schon hin, anfangs war es nach meiner Erinnerung aber etwas weniger.“ Vier bis fünf Jahre zu plus/minus 25.000 Euro im Monat, das ergibt eine Summe in einer Größenordnung von einer Million Euro.

Ganz nebenbei unterhielt Ulmer einst auch gute Kontakte zu Marsaleks Vertrautem W., dem kanzelierten BVT-Abteilungsleiter. „Ich hatte mit W. eigentlich ein gutes Verhältnis, das entwickelte sich allerdings erst Jahre nach meinem Ausscheiden aus dem Innenministerium.“ 2017 habe W. den Kontakt aber „mehr oder weniger von heute auf morgen abgebrochen“.

AP/ADRIANO SCHLAGER



**CHRISTOPH ULMER (2012)**  
Seine Beratungsfirma verrechnete Wirecard 25.000 Euro Honorar monatlich.

**„Wir haben Reports umfangreicher Natur erstellt.“**

**Christoph Ulmer, Unternehmer**



## Wir sind für Sie da.

Weitere Informationen zur Corona-Impfung finden Sie auf [www.uniqa.at](http://www.uniqa.at)



Gemeinsam besser leben.  
[www.uniqa.at](http://www.uniqa.at)

fen in der Politik, dem Missbrauch durch Politiker. Im ersten Nachkriegsjahr 1945 stellte die KPÖ den Innenminister. Viele Kriminalbeamte waren KPÖ-Mitglieder, bei der Staatspolizei war der Anteil noch höher. Schon bei der ersten Wahl 1946 flog die KPÖ aus der Regierung, und auch ihre Leute wurden nach und nach aus den Ämtern entlassen. Von da an war das Innenministerium jahrzehntelang in sozialdemokratischer Hand.

Den ersten großen Skandal inszenierte Franz Olah, ÖGB-Chef und Innenminister in Personalunion, ein Sozialdemokrat der autoritären Schule. Er setzte sich ins Fernsehstudio und hielt – nur zum Schein empört – Dossiers über Politikerkollegen in die Kamera. Das war 1964. Die größte Befürchtung, dass der Innenminister, wenn er wollte, alles über einen wisse, war Wirklichkeit geworden.

Vier Jahre später – im kurzen Zwischenspiel eines ÖVP-Innenministers – geriet die Staatspolizei selbst in übles Licht. Österreich wurde von einem riesigen Spionageskandal erschüttert, der bis in die Staatspolizei hineinreichte. Ostblockagenten waren in den Westen geflüchtet und hatten ihre Zuträger verraten. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss wurde eingerichtet, 268 Verdächtige überprüft. Unter anderem der damalige Fernsehredirektor und spätere Wiener Bürgermeister Helmut Zilk, der wie ein Wunder von Konsequenzen verschont blieb. Im Zuge der Ermittlungen stellte sich heraus, dass Mitarbeiter der Staatspolizei und anderer Polizeidienststellen Aberwitzende Durchschriften von Vernehmungspunkten mit CSSR-Flüchtlings dem tschechischen Geheimdienst in Prag zukommen ließen. Der Pressesprecher des damaligen Innenministers Franz Soronics (ÖVP) stand unter Verdacht, geheime Verschlussakten – Einsatzpläne des österreichischen Bundesheers während der CSSR-Krise – an den tschechischen Geheimdienst geliefert zu haben. Er wurde zu drei Jahren schweren Kerker verurteilt.

Ein anderer Fall hochrangiger Ostspionage aus den Kreisky-Jahren wurde 2002 bekannt. Der ehemalige stellvertretende Wiener Stapo-Chef Gustav Hohenbichler, der für die Russen spionierte haben soll, konnte nicht mehr befragt werden. Kurz vor seiner Verhaftung erlag er einem Krebsleiden.

Ein Stapo-Skandal, der die breite Bevölkerung betraf, wurde 1989 publik. Am Rande eines Untersuchungsausschusses hatte der damalige Stapo-Chef Anton Schulz einbekannt, dass heimische Firmen ihre Mitarbeiter gern von der Staatspolizei überprüfen ließen, ohne dass die das wüssten. Riesenaufbruch. Es stellte sich heraus, dass bei der Staatspolizei 58.000 Akten über unbescholtene Bürger lagerten. Wer jemals an einer Demonstration teilgenommen, sich in einer Bürgerinitiative engagiert hatte oder sonst aufgefallen war, war erfasst. 90.000 Österreicher und Österreicherinnen beehrten nun Einsicht in die Spitzelberichte und waren belustigt bis entsetzt, was sich ihnen offenbarte: hanebüchene Alltäglichkeiten, Irrtümer, auf Hörensagen beruhende falsche Angaben. Danach wurde angeblich alles geschreddert. Was nicht stimmte. Als Caspar Einem, ein ehemaliger Bewährungshelfer und OMV-Manager, 1995 SPÖ-In-

nenminister wurde, tauchte schnell ein Stapo-Akt über ihn auf. Nun erfuhr alle Welt, dass er einst in einem Verein, der auf einem Bauernhof eine Drogen-therapie für Jugendliche anbot, Kassier gewesen war und er für die extrem linke Zeitung „Tatblatt“ einen kleinen Geldbetrag gespendet hatte.

Solche Dossiers lassen tief blicken, was die Verfassungsschützer in ihrer Dienstzeit (auch) taten. Die rechte Hand eines ehemaligen Innenministers spricht selbstkritisch von einer „abgeschotteten Einheit im Staat mit unkontrollierbaren Arbeitszeiten, klandestinem Gebaren, sich erhaben fühlend, wenn sie von ausländischen Geheimdiensten kontaktiert und eingeladen werden, obwohl sie im Grunde nur eine Einheit der Kriminalpolizei sind“.

Bis 1996 gab es in der Stapo keinen einzigen Computer. Die Briefbombenermittlungen etwa waren in 70, 80 Bene-Ordern „gespeichert“. Bis heute gibt es keine spezielle Ausbildung für Verfassungsschützer. Ab und zu werden sie zu Weiterbildungskursen nach Deutschland, Großbritannien oder in die USA geschickt. Der Geheimdienstexperte und Historiker Siegfried Beer bemüht sich seit Jahren, einen Studiengang für einen master of intelligence zu etablieren. Bisher stieß er auf taube Ohren. (Siehe Podcast mit Siegfried Beer auf profil.at)

## Sanieren oder abreißen

Ränkespiele, Grabenkämpfe, Rambo-Aktionen (die Razzia) im Staatsschutz: Nun nimmt sich Innenminister Karl Nehammer eine Reform des Verfassungsschutzes vor, wie schon etliche Vorgänger. Wenn nun ein neuer Standort, ein neuer Name und qualifizierteres Personal gesucht werden, wenn die „nachrichtendienstliche Komponente“ gestärkt werden soll, um Bedrohungsszenarien durch eine gute Analyseabteilung früher zu erkennen, dann klingt das fast wortwörtlich nach der Gründerzeit des neuen BVT Anfang 2002. Warum soll der Neustart dieses Mal gelingen?

„Es wird immer die Möglichkeit der Einflussnahme aufs Personal geben“, macht sich ein hochrangiger BVT-Mitarbeiter keine Illusionen. „Es wäre schon ein Erfolg, wenn es weniger offensichtlich passiert.“ Und es wäre schon viel geschehen, wenn persönliche Seilschaften im BVT weniger Eigenleben entwickeln können und Nebengeschäfte möglichst abgedreht werden. Wobei: Die nötigen Reformen sind schon auch grundsätzlicher Natur. So heißt es im Reformpapier Nehammers: „Verringerung des Risikos des Informationsabflusses“ oder „Erschwerung der Einflussnahme durch ausländische Einrichtungen“. Sprich: Das BVT soll kein offenes Scheunentor mehr sein.

Eines steht fest: Eine radikale Reform zum echten Geheimdienst, wie sie zuletzt Herbert Kickl vorschwebte, kommt nicht. Und das ist angesichts der Chronique scandaleuse auch gut so. Denn wenn diese Truppe gesetzlich die Lizenz zum Schnüffeln erhält, dann kommt das einer gefährlichen Drohung nahe.

Immerhin: Der Humor ist den Schlapphüten nicht abhandengekommen. Im BVT blödeln man über einen Namensvorschlag für das neue Amt: „Austrian Security Service“ – kurz ASS. ■

**„Eine abgeschottete Einheit im Staat mit klandestinem Gebaren.“**

**Rechte Hand eines ehemaligen Innenministers**

**„Verringerung des Risikos, dass Informationen abfließen.“**

**Reformziel für den Verfassungsschutz**

## Ein Anschlag mit Anlauf

Am 2. November 2020 war Wien Schauplatz eines Terroranschlags. Der Verfassungsschutz hatte kläglich versagt.

Vier Tote, 23 Verletzte, Ausnahmezustand, Staatstrauer. Kaum ein Verbrechen der jüngeren Zeit erschütterte die Öffentlichkeit so sehr wie das Attentat in der Wiener Innenstadt am 2. November 2020. Rasch wurde klar, dass besonders der heimische Verfassungsschutz eine unwürdige Rolle in dem Drama spielte. Attentäter K.F. war ein amtsbekannter Dschihadist, zum Zeitpunkt des Anschlages auf Bewährung und unter Beobachtung. Spätestens im September ahnten Beamte, dass sich F. um Munition für ein Sturmgewehr bemühte – doch niemand schritt ein oder informierte die Justiz.

dem BVT und dem Wiener LVT fulminant.

Kenner der Vorgänge berichten, dass vor allem zwischen diesen beiden Ämtern seit Längerem Misstrauen herrscht. In eine Observation deutscher Kontakte mit Wiener Islamisten im Juli 2020 – darunter war auch K.F. – sei das LVT vom BVT zu wenig eingebunden worden, zitiert die Expertenkommission einen Amtsvermerk des Landesamtes. Der Hinweis aus der Slowakei zum versuchten Munitionskauf des späteren Attentäters blieb vier Wochen im BVT liegen, ehe man den Fall an das Landesamt weitergab. Der dortige Sachbeamte

identifizierte K.F. dann binnen Stunden.

Die Konsequenzen? Der Wiener LVT-Chef Erich Zwettler wurde für die Dauer der Tätigkeit der Untersuchungskommission abberufen. Im BVT gab es bislang keine dienstrechtlichen Reaktionen, teilt das BMI mit. Man wolle auf den Endbericht der Kommission warten, der am 10. Februar



Eine von der Regierung beauftragte Kommission lieferte Ende Dezember weitere Anzeichen für Versagen: Der Verfassungsschutz habe „immer nur punktuell und teilweise verzögert“ auf die erkennbare Radikalisierung des späteren Attentäters reagiert, heißt es im entsprechenden Zwischenbericht. Unklar sei, wieso „keiner der vorliegenden Sachverhalte an die Staatsanwaltschaft“ gemeldet wurde. Besonders die Zusammenarbeit zwischen BVT und den Landesämtern zeigt sich „suboptimal“. Dabei wäre das in akuten Gefährdungslagen entscheidend: Auf der einen Seite das Bundesamt, das Hinweise aus dem Ausland erhält, analysiert und Operationen plant; darunter die neun Landesämter (LVT), welche die radikalen Szenen kennen, „Gefährderansprachen“ führen, nah am Geschehen sind. Im Vorfeld des Anschlags scheiterte die Arbeitsteilung zwischen

fertig sein soll. Aufklärung hat sich auch der Wiener Anwalt Karl Newole auf die Fahnen geschrieben. Er vertritt 16 Opfer, die durch das Attentat unmittelbar geschädigt wurden, darunter Hinterbliebene und Schwerverletzte. „Die bisherigen Ergebnisse der Kommission weisen eindeutig auf Behördenfehler hin“, so Newole. Der Jurist plant deshalb nach Vorliegen des Endberichtes eine Amtshaftungsklage gegen die Republik. Nach dem Opferschutzgesetz erhielten seine Mandanten bisher lediglich 2000 Euro pauschal, in einem Fall 4000 Euro. „Das ist angesichts der entstandenen Schäden natürlich nichts“, so Newole. Über die Amtshaftungsklage stünden weit größere Entschädigungszahlungen in Aussicht, außerdem könnte vor Gericht das vermutete Behördenversagen unter Wahrheitspflicht geklärt werden.

**GEDENKEN AN DIE  
TERRORNACHT VOM  
2. NOVEMBER 2020**  
Die Arbeitsteilung  
zwischen BVT und LVT  
scheiterte fulminant.

ANJA GEORG HIRSCHL/HTH